

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

Ergebnisprotokoll

Vorsitz:

Ministerin Dr. Juliane Rumpf
Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

Tagesordnung / Niederschrift

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Internationale Agrarpolitik

TOP 2 Stand der WTO-Verhandlungen

Weiterentwicklung und Umsetzung der EU-Agrarpolitik

TOP 3 Weiterentwicklung der GAP nach 2013

**TOP 4 Preisabsicherung zur Verbesserung des betrieblichen
Risikomanagements**

**TOP 5 Kürzungen und Sanktionen bei der Betriebsprämie für das
Antragsjahr 2005 / Mitteilung gem. Art. 11 Abs. 1 der VO (EG)
Nr. 885/2006 Untersuchung Nr. AA/2007/32; Lastenverteilung**

TOP 6 Schutz von Dauergrünland im Rahmen von Cross Compliance

TOP 7 Europäische Milchmarktpolitik

**TOP 8 Finanzierungssicherstellung über die jetzige
Programmplanungsperiode des ELER über 2013 hinaus**

**TOP 9 Stand der Durchführung des EU-Schulobstprogramms in den
Ländern**

Nationale Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft

**TOP 10 Mittelauszahlung im Rahmen der Milchsonderprogramme 2010
und 2011**

TOP 11 Zukunft der Exportförderung

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

- TOP 12** **Gemeinsame Präsentation der Länder in Halle 20 bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin**
- TOP 13** **Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung**
ZURÜCKGEZOGEN
- TOP 14** **Aufhebung der Beschränkungen zur Besteuerung von Agrardiesel**
- TOP 15** **Steuerrückerstattung auf Agrardiesel – Erweiterung des § 57 Energiesteuergesetz**
- TOP 16** **Besteuerung von Mehrgefahren-Versicherungen**
- TOP 17** **Vereinfachte Steuerabwicklung bei landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräften**
- TOP 18** **Vereinfachung der Abstandsauflagen für Pflanzenschutzmittel**
- TOP 19** **Anbauregeln für gentechnisch veränderte Kartoffeln**
- Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen**
- TOP 20** **Dioxin und dl-PCB in Rindfleisch**
- TOP 21** **Blutschwitzen bei Kälbern**
- TOP 22** **Kupieren der Schwänze von neugeborenen Ferkeln**
- TOP 23** **Kennzeichnung von ESL-Milch**
- TOP 24** **Tierseuchenkrisenmanagement;
Mobiles Bekämpfungszentrum für den Tierseuchenkrisenfall**

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 25 **Einrichtung einer länderfinanzierten Dauerstelle für einen Informatiker (FH) beim Arbeitsstab der Task Force Tierseuchenbekämpfung – Änderung der Bund-Länder-Vereinbarung über die Task Force Tierseuchenbekämpfung**

Ländliche Entwicklung

TOP 26 **Perspektiven für eine weitere Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur nachhaltigen Entwicklung**

TOP 27 **Leitlinien Landentwicklung - Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten**

TOP 28 **Breitbandversorgung in ländlichen Räumen – Hinweise für eine praxisgerechte Umsetzung der Breitbandförderung**

Wald und Jagd

TOP 29 **Internationales Jahr der Wälder**

Umweltaspekte in der Agrarwirtschaft

TOP 30 **Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz**

TOP 31 **Errichtung eines Wald-Klima-Fonds**

TOP 32 **Stand der Umsetzung des Erosionsschutzes**

TOP 33 **Entwicklung von Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den Begriffen „gebietsfremd“ und „Vorkommensgebiet“ in § 40 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz (2010)**

Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe

TOP 34 **Rahmenbedingungen für künftige Bioenergienutzung**

TOP 36

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 35 Förderung von Biogasanlagen

Fischerei

TOP 37 Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik ab 2013

**TOP 38 Maßnahmen zur Wiederauffüllung des europäischen
Aalbestandes**

ZURÜCKGEZOGEN

Organisations- und Strukturfragen

TOP 39 Umsetzung der EU-Qualitätspolitik in Deutschland

AMK-Angelegenheiten

**TOP 40 Bericht über die Informationsveranstaltung zur Einrichtung des
IT-Planungsrates**

TOP 41 Termine der Amtschef- und Agrarministerkonferenzen 2011

Verfristet angemeldete Tagesordnungspunkte

TOP 42 Vereinfachungen bei Flächenkontrollen im Rahmen der GAP

TOP 43 Weinbezeichnungsrecht

**TOP 44 Umsetzung des Liquiditätshilfeprogramms des Bundes für das
Jahr 2011**

ZURÜCKGEZOGEN

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz genehmigt die Tagesordnung.

TOP 13 „Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung“ wurde von Bayern zurückgezogen.

Bayern ist Mit Antragsteller zu TOP 14 „Aufhebung der Beschränkungen zur Besteuerung von Agrardiesel“.

TOP 34 „Rahmenbedingungen für künftige Bioenergienutzung“ und TOP 36 „Biokraftstoffproduktion aus tierischen Nebenprodukten“ werden gemeinsam behandelt.

TOP 38 „Maßnahmen zur Wiederauffüllung des europäischen Aalbestandes“ wurde von Mecklenburg-Vorpommern zurückgezogen.

TOP 42 „Vereinfachungen bei Flächenkontrollen im Rahmen der GAP“, TOP 43 „Weinbezeichnungsrecht“ und TOP 44 „Umsetzung des Liquiditätshilfeprogramms des Bundes für das Jahr 2011“ wurden verfristet angemeldet. Der Erörterung wird zugestimmt.
TOP 44 „Umsetzung des Liquiditätshilfeprogramms des Bundes für das Jahr 2011“ wurde zurückgezogen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 2: Stand der WTO-Verhandlungen

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Stand der WTO-Verhandlungen zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 3: Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz nimmt den Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und die Position der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der GAP nach 2013 zur Kenntnis.
2. Für die Agrarministerkonferenz ist die Beibehaltung der bisherigen Mittelausstattung der GAP von grundlegender Bedeutung.
3. Die Agrarministerkonferenz bekräftigt ihre Auffassung, dass sich das Europäische Landwirtschaftsmodell bewährt hat, denn es verbindet die wettbewerbsfähige Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen mit Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit. Dabei muss der mit den Agrarreformen von 1992, 1999 und 2003 eingeschlagene und in der Gesundheitsüberprüfung 2008 bekräftigte Weg zur Stärkung der Marktorientierung der GAP und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der nachhaltigen Produktion fortgesetzt werden.
4. Die GAP wird nach 2013 auch die Aufgabe erfüllen müssen, einen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Anforderungen an eine nachhaltige Landbewirtschaftung, der Erhaltung lebenswerter Kulturlandschaften, der Entwicklung vitaler ländlicher Räume und der weiteren Marktausrichtung landwirtschaftlicher Unternehmen herzustellen.
5. Die Agrarministerkonferenz beschließt vor diesem Hintergrund die folgenden Eckpunkte zur Weiterentwicklung der GAP:
 - a. Das Zwei-Säulen-Modell der GAP soll über das Jahr 2013 hinaus erhalten werden und soll auch der Bewältigung künftiger Herausforderungen Rechnung tragen.
 - b. Angesichts der vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume sind auch die Schwerpunkte der

Agrarministerkonferenz am 30. April 2010 in Plön

GAP nach 2013 vielfältig. Sie stehen im Einklang mit den Zielen nach Artikel 39 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der in den vergangenen Jahrzehnten gewachsenen und fortentwickelten Politik. Die Vereinfachung der GAP ist eine Daueraufgabe. Die GAP muss kohärent zu den anderen Politikbereichen der Europäischen Union und den Millenniums-Entwicklungszielen ausgestattet sein. Sie muss auch die Landwirtschaft bei der Bewältigung des Klimawandels und der Erhaltung der Biodiversität unterstützen, zur Verbesserung des Wassermanagements beitragen sowie die tier- und umweltgerechte Produktion sicherstellen. In Anbetracht des Wachstums- und Beschäftigungspotenzials der ländlichen Gebiete wird ein nachhaltiger, produktiver und wettbewerbsfähiger Agrarsektor einen bedeutenden Beitrag zur Strategie „Europa 2020“ sowie zur Bewältigung neuer politischer Herausforderungen in der EU leisten.

- c. Um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen, braucht die GAP auch in Zukunft eine wirkungsstarke 1. und eine wirkungsstarke 2. Säule. Für die Jahre nach 2013 muss eine eindeutige und verlässliche Finanzierungsgrundlage für die beiden Säulen der GAP geschaffen werden. Im Sinne einer größeren Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Regionen wird eine jährliche Mittelumschichtung von den Direktzahlungen zur zweiten Säule abgelehnt. Direktzahlungen sollen auch weiterhin vollständig aus EU-Mitteln finanziert werden.
- d. Die Weiterentwicklung der GAP sollte dazu genutzt werden, deutliche Vereinfachungen beim Verwaltungsvollzug zu erreichen, insbesondere hinsichtlich der Reduzierung der CC-Prüfgegenstände und der Vor-Ort-Kontrollen. BMELV wird gebeten, zusammen mit den Ländern konkrete Vorschläge zu prüfen und zur nächsten AMK zu berichten.
- e. Deutschland wird 2013 bei den Direktzahlungen ein reines Regionalmodell mit vollständig entkoppelten Prämienzahlungen haben. Damit ist Deutschland für die Diskussionen über die Ausgestaltung des

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

Direktzahlungssystem nach 2013 sehr gut aufgestellt und leistet eine Vorreiterrolle. Es ist wichtig, dass auch die anderen Mitgliedstaaten auf dem bereits mit der Gesundheitsüberprüfung der GAP eingeschlagenen Weg zu vollständig entkoppelten Direktzahlungen und regional einheitlichen Flächenprämien weiter voranschreiten.

- f. Auch in Zukunft sind entkoppelte Direktzahlungen erforderlich: Diese geben Planungssicherheit für die Landwirtschaft, sichern im Zeitablauf Einkommen und tragen zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe bei. Sie gelten gleichzeitig die hohen gesellschaftlich erwünschten Standards und öffentliche, nicht über den Markt honorierte Leistungen der Landwirtschaft ab. Zu den Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft, die von allen Betrieben unabhängig von der Agrarstruktur erbracht werden, gehören z. B. die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, die Beiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, vitale ländlicher Räume und die Biodiversität sowie die Aufrechterhaltung des Schutzes und der Erholungsfunktionen der Landschaft.
- Das Prinzip der pauschalen Honorierung öffentlicher Güter und Leistungen der Landwirtschaft mittels Direktzahlungen hat sich grundsätzlich bewährt und sollte qualitativ weiterentwickelt werden.
- g. Die Festsetzung der nationalen Obergrenzen für die Direktzahlungen und damit die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Mitgliedstaaten sollte auf dem derzeitigen Verteilungsschlüssel basieren. Eine von den neuen EU-Mitgliedstaaten geforderte Angleichung der Direktzahlungen kann ausgehend von der derzeitigen Verteilung allenfalls in geringem Umfang über einen längeren Zeitraum schrittweise erfolgen.
- h. Die Weiterentwicklung der 1. Säule der GAP kann nicht losgelöst von den Entwicklungen auf der Marktseite erfolgen. Diese sind insbesondere durch zunehmende Preisschwankungen auf den internationalen Märkten gekennzeichnet, die sich künftig vermehrt auf den EU-Markt auswirken werden. Die Marktinstrumente sollten ein Sicherheitsnetz umfassen, um

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

die Landwirtschaft gegen Auswirkungen außergewöhnlicher Marktkrisen zu schützen, ohne dauerhaft in das Marktgeschehen einzugreifen.

- i. Um die Anforderungen einer integrierten Politik für die ländlichen Räume erfüllen sowie den neuen Herausforderungen entsprechen zu können, ist die bisherige Struktur der 2. Säule mit ihrem Förderspektrum über das Jahr 2013 hinaus zu erhalten und in ihrer Effizienz zu stärken. Dabei ist dem demographischen Wandel, der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie dem Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum über den Sektor Landwirtschaft hinaus auch künftig ein besonderes Augenmerk zu schenken. Hierbei ist durch enge Abstimmung mit der EU-Strukturpolitik ein Sektor übergreifender Politikansatz mit getrennten Aufgabenschwerpunkten zu verfolgen. Der Umsetzung integrierter Ansätze auf regionaler Ebene kommt eine besondere Bedeutung zu.
- j. Um sich wandelnden und zunehmenden Anforderungen bei der gezielten Erbringung von spezifischen Umweltleistungen durch die Landwirtschaft gerecht zu werden und um diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe offensiv und wirksam angehen zu können, müssen diese Leistungen auch angemessen honoriert werden.
- k. Die bisherigen Fördermaßnahmen sollten nach Zielen und Prioritäten neu geordnet und flexibel strukturiert werden. Dabei ist eine klare inhaltliche und thematische Abgrenzung zwischen 1. und 2. Säule sicherzustellen. Auf die derzeit geltende Abgrenzung von Schwerpunktachsen könnte dann verzichtet werden. Damit erhalten die Mitgliedstaaten im Sinne der Subsidiarität grundsätzlich mehr Flexibilität bei der Umsetzung von Fördermaßnahmen in der 2. Säule. Weitere Vereinfachungen der Verfahren bei der Programmierung und Umsetzung sind erforderlich.
- l. Das Prinzip der Kofinanzierung von Fördermaßnahmen der 2. Säule soll erhalten bleiben. Für Maßnahmen im Bereich der neuen Herausforderungen ist wie bisher ein höherer EU-Finanzierungsanteil beizubehalten.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

6. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz um eine regelmäßige Unterrichtung über die Beratungen auf europäischer Ebene und um eine intensive Rückkopplung mit den Ländern.
7. Das Vorsitzland wird gebeten, zur Herbst-AMK den EU-Agrarkommissar einzuladen.

Protokollerklärung der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin:

Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind der Auffassung, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der GAP gestärkt werden und deshalb längerfristig auf eine neue Grundlage gestellt werden muss.

Statt die Unterstützung der Landwirtschaft allgemein und pauschal zu begründen ist deutlich zu machen, dass die zwei Säulen der GAP der Entlohnung konkreter gesellschaftlich gewünschter und nützlicher Leistungen dienen. Deutschland sollte in diesem Sinne frühzeitig eine eigene Position in der anstehenden Diskussion beziehen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 4: Verbesserung des betrieblichen Risikomanagements

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz stellt fest, dass die Politik der Deregulierung der Agrarmärkte Wirkung zeigt. In der Folge sind bei Agrarrohstoffen Preissprünge in bisher kaum zu beobachtender Größenordnung entstanden. Diese Volatilität der Märkte stellt alle Beteiligten vor Herausforderungen und wirtschaftliche Risiken, denen auf allen Ebenen begegnet werden muss.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 für die Beibehaltung eines Sicherheitsnetzes in der jeweils sektorspezifischen Ausprägung einzutreten.
3. Eine breite Palette von Verwendungsmöglichkeiten für agrarische Rohstoffe auch außerhalb der etablierten Nutzungen trägt dazu bei, deren Märkte zu stabilisieren. Die Agrarministerkonferenz setzt sich deshalb dafür ein, die Forschung und Entwicklung innovativer Produkte auf allen Ebenen konsequent fortzusetzen und zu fördern.
4. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, mit dem Instrument einer steuerlichen Risikorücklage den Unternehmen eine Stabilisierung der betrieblichen Entwicklung zu ermöglichen und somit einen eigenwirtschaftlichen Ausgleich bei extremen Marktschwankungen zu schaffen. Sie bekräftigen in diesem Zusammenhang ihren Beschluss vom 27.03.2009 in Magdeburg zu TOP 11.
5. Durch die zunehmenden Preisschwankungen gewinnt ein fundiertes Risikomanagement für die landwirtschaftlichen Betriebe an Bedeutung. Hierzu zählen z.B. die Risikoanalyse, Instrumente zur Preisabsicherung, die Vertragsgestaltung in der Wertschöpfungskette, Versicherungslösungen und eine vorausschauende Liquiditätsplanung.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

Die Agrarministerkonferenz ist der Auffassung, dass Wissenschaft, Beratung und Wirtschaft sich diesem Themenkomplex zukünftig verstärkt widmen sollten, um praxistaugliche Strategien zum Risikomanagement von landwirtschaftlichen Unternehmen zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 5: Kürzungen und Sanktionen bei der Betriebsprämie für das Antragsjahr 2005 / Mitteilung gem. Art. 11 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 885/2006 Untersuchung Nr. AA/2007/32; Lastenverteilung

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder stimmen der vom BMELV unter Anwendung von Artikel 104 a Abs. 6 Satz 2 Grundgesetz und § 2 Abs. 2 des Lastentragungsgesetzes berechneten innerstaatlichen Lastenverteilung im vorliegenden Fall der Finanzkorrektur „Kürzungen und Sanktionen bei der Betriebsprämie für das Antragsjahr 2005“ zu.
2. Die Agrarministerkonferenz hält die Prüfung einer Änderung des Lastentragungsgesetzes für erforderlich, mit der geklärt wird, ob § 2 Abs. 2 nur dann zur Anwendung kommt, falls die zu verteilenden Lasten nicht konkret allen Ländern zugeordnet werden können.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 6: Schutz von Dauergrünland im Rahmen von Cross
 Compliance**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder stellen fest, dass Erörterungsbedarf mit der EU-Kommission über die Kontrolle des Grünlanderhaltungsgebotes im Rahmen von Cross Compliance besteht. Sie bitten den Bund Gespräche mit der KOM zu führen. Parallel dazu soll eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern Maßnahmen zur spezifischen Umsetzung des Standards „Schutz von Dauergrünland“ vorbereiten und einen entsprechenden Vorschlag zur Anpassung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung erarbeiten. Dabei sollte möglichst auf bereits bestehende Regelungen zurückgegriffen werden, so dass keine neuen Auflagen für die Landwirte entstehen und die Förderung von Dauergrünland im Rahmen der 2. Säule nicht gefährdet wird.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 7: Europäische Milchmarktpolitik

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den mündlichen Bericht des BMELV über die Tätigkeit der „High-level-group Milch“ zur Kenntnis.

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, den Entwurf des Abschlussberichts der „High-level-group Milch“ zeitnah zur Kenntnis zu geben und die deutsche Position mit den Ländern abzustimmen.

Insbesondere weisen die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder darauf hin, dass die notwendige Marktorientierung und die wachsende Verantwortung der Marktpartner nicht durch neue administrative Regelungen behindert werden dürfen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 8: **Finanzierungssicherstellung über die jetzige
Programmplanungsperiode des ELER über 2013 hinaus**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, bei der EU-Kommission eine verbindliche Regelung zur Verlängerung bestehender Agrarumweltmaßnahmen und -verträge über den 31.12.2013 hinaus im Rahmen der n+2-Regelung bis zum 31.12.2015 sowie zur weiteren Verfahrensweise bei Neuantragsteller für bestehende Agrarumweltmaßnahmen mit Verpflichtungsbeginn ab 2011 zu erwirken.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 9: Stand der Durchführung des EU-Schulobstprogramms
in den Ländern**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts bekräftigen die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz vom 11. April 2008 (TOP 31), der Amtschefkonferenz vom 15. Januar 2009 (TOP 21) und der Agrarministerkonferenz vom 27. März 2009 (TOP 5 und 6).
3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, gegenüber der EU-Kommission auch weiterhin für den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Umsetzung des Programms einzutreten.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 10: Mittelauszahlung im Rahmen der Milchsonder-
programme 2010 und 2011**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Mittelauszahlung bei den Milchsonderprogrammen in der Gesamtheit über die Bundeskasse Trier abgewickelt werden kann.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 11: Zukunft der Exportförderung

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Zukunft der Exportförderung zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 12: Gemeinsame Präsentation der Länder in Halle 20 bei
der Internationalen Grünen Woche in Berlin**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder nehmen den Bericht Niedersachsens zur Umsetzung der Halle 20 auf der Internationalen Grünen Woche 2010 in Berlin zur Kenntnis.
2. Unabhängig von der positiven Bewertung der Umsetzung der Halle 20 im Jahr 2010 stellt die Agrarministerkonferenz fest, dass eine Überprüfung der gemeinsamen Länderpräsentation auf der Internationalen Grünen Woche sowohl in konzeptioneller Hinsicht als auch unter Kostensenkungsgesichtspunkten angezeigt ist. Hierzu wird der Arbeitskreis Grüne Woche unter Vorsitz Niedersachsens beauftragt, im Hinblick auf einen gemeinsamen Länderauftritt ab 2012 Alternativen zu entwickeln und zu bewerten und anlässlich der AMK im Herbst 2010 zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind auch andere Akteure mit einzubeziehen, die den Gesamtauftritt Deutschlands auf der Internationalen Grünen Woche maßgeblich prägen.
3. Vor dem Hintergrund möglicherweise weitgehender Änderungen des gemeinsamen Länderauftritts ab 2012 spricht sich die Agrarministerkonferenz dafür aus, den Auftritt der Bundesländer in der Halle 20 anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2011 in Berlin weitestgehend an dem Konzept 2010 auszurichten. Hierzu wird der Arbeitskreis Grüne Woche unter Vorsitz Niedersachsens erneut mit Organisation der „Länderhalle Deutschland“ beauftragt. Voraussetzung für die Durchführung in 2011 muss dabei die Einhaltung des bisherigen Kostenrahmens für die beteiligten Bundesländer sein.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 13: Harmonisierung der Agrardieselbesteuerung

ZURÜCKGEZOGEN

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 14: Aufhebung der Beschränkungen zur Besteuerung von
Agrardiesel**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Steuervergütung beim Agrardiesel zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, den mit dem Haushaltbegleitgesetz 2005 eingeführten Selbstbehalt von 350 Euro je Betrieb und die Obergrenze von 10.000 l ersatzlos zu streichen bis eine europaweite Harmonisierung erreicht ist.
3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung zudem, auf EU-Ebene auf eine einheitliche Besteuerung und den Abbau von Wettbewerbsnachteilen beim Agrardiesel für die deutsche Landwirtschaft im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zur EU-Energiesteuerrichtlinie mit Nachdruck hinzuwirken. Als Grundlage sollte bei der EU-Kommission der bereits 2008 vorzulegende Bericht zu den Agrardieselvergünstigungen in der EU eingefordert werden.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 15: Steuerrückerstattung auf Agrardiesel – Erweiterung des
§ 57 Energiesteuergesetz**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder schließen sich dem Prüfungsergebnis nicht an und fordern die Bundesregierung auf, für Schäfer eine analoge Ausnahmeregelung wie für die Imker zu schaffen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 16: Besteuerung von Mehrgefahren-Versicherungen

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, eine steuerliche Lösung für die Mehrgefahren-Versicherungen durch eine Änderung des Versicherungsteuergesetzes vorzunehmen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 17: Vereinfachte Steuerabwicklung bei landwirtschaftlichen
Saisonarbeitskräften**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht der Bundesregierung zur Steuererklärungspflicht für ausländische Saisonarbeitskräfte zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, ihrer Zusage nach einer bürgerfreundlichen und bürokratiearmen Lösung hinsichtlich der Steuererklärungspflicht für beschränkt Steuerpflichtige noch im Jahr 2010 nachzukommen und dabei eine Anwendung ab Veranlagungszeitraum 2009 vorzusehen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 18: Vereinfachung der Abstandsauflagen

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Kenntnis und verweisen auf ihren Beschluss vom 18.09.2009 in Eisleben.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund nachdrücklich, eine abschließende Einigung auf Fach- und Ressortebene herbeizuführen, damit die Vereinfachung der Abstandsauflagen spätestens 2011 im Zusammenhang mit der Umsetzung des EU-Pflanzenschutzpakets im deutschen Pflanzenschutzrecht rechtlich geregelt werden kann.
3. Sie bitten das BMELV bei der Herbst-Amtschef- und Agrarministerkonferenz 2010 um einen erneuten Bericht über den aktuellen Sachstand.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 19: Anbauregeln für gentechnisch veränderte Kartoffeln

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bekräftigen die Notwendigkeit für klare Anbauregeln gentechnisch veränderter Kartoffeln.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, dass die Verordnung über die gute fachliche Praxis bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen (Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung – GenTPflEV) schnellstmöglich um die pflanzenartspezifischen Vorgaben für gentechnisch veränderte Kartoffeln erweitert wird.

Protokollerklärung der Länder Saarland und Berlin:

Das Saarland und Berlin sind der Auffassung, dass schädliche Auswirkungen durch die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt aufgrund nicht ausgeräumter bestehender wissenschaftlicher Bedenken nicht auszuschließen sind und fordern vom Bund deshalb ein nationales Anbauverbot für Amflora. Darüber hinaus fordern das Saarland und Berlin den Bund auf, die Voraussetzungen für die Einrichtung verbindlicher gentechnikfreier Regionen zu schaffen, in denen der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zum Schutz der gentechnikfreien Produktion verboten werden kann.

Protokollerklärung des Landes Mecklenburg-Vorpommern:

Mecklenburg-Vorpommern bedauert, dass seitens des Bundes keine rechtlichen Vorkehrungen getroffen wurden, damit klare Regeln für Anbau und Verwertung für gentechnisch veränderte Kartoffeln bei genehmigtem Inverkehrbringen existieren.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**Protokollerklärung der Freien und Hansestadt Hamburg und Mecklenburg-
Vorpommern:**

Die Genehmigung des Inverkehrbringens der Amflora in Deutschland ist so lange auszusetzen, bis die notwendigen nationalen Anbauregeln erlassen sind und bestehende wissenschaftliche Bedenken ausgeräumt wurden.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 20: Dioxin und dl-PCB in Rindfleisch

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder stellen fest, dass Hinweise auf eine länderübergreifende Problemsituation hinsichtlich der Gehalte von Dioxinen und insbesondere dl-PCB in Rindfleisch vorliegen, jedoch auf Grund der bisherigen Datenlage die notwendige fachliche Bewertung noch nicht möglich ist. Sie sprechen sich für die Durchführung eines bundesweiten Monitorings aus. Der Bund wird gebeten, die Koordination zu übernehmen und eine Risikobewertung vorzunehmen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 21: Blutschwitzen bei Kälbern

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zur Kenntnis.
2. Sie bitten den Bund, die Ergebnisse der in vielen Richtungen laufenden Forschungen zum Blutschwitzen der Kälber zu bündeln, eine Bewertung der Ergebnisse durchzuführen und der Agrarministerkonferenz zeitnah zu berichten.

Protokollerklärung Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen:

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gehen davon aus, dass diese Bewertung unter besonderer Berücksichtigung des neuen Wirkstoffverstärkers erfolgt.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 22: Kupieren der Schwänze von neugeborenen Ferkeln

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass in enger Abstimmung von Wissenschaft, Agrar- und Veterinärverwaltung ein Konzept ausgearbeitet werden soll, das den Schweine haltenden Landwirten konkrete Handlungsempfehlungen zu den einschlägigen EU-Bestimmungen zum Kürzen der Schwänze bei Schweinen bietet.

Hierbei handelt es sich um ein europäisches Problem. Konzept und Handlungsempfehlungen sollten daher mit interessierten europäischen Partnerländern, insbesondere mit den veredlungsstarken Mitgliedstaaten des Königreichs der Niederlande und Dänemark, aus denen jährlich mehrere Millionen Ferkel nach Deutschland verbracht werden, entwickelt werden.

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund hierzu Gespräche mit diesen Staaten mit dem Ziel zu führen, die Arbeiten in einer gemischten Arbeitsgruppe rasch aufzunehmen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 23: Kennzeichnung von ESL-Milch

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis. Die Agrarministerkonferenz begrüßt, dass

- die Wirtschaft erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Konsummilchhersteller vom Februar 2009 unternommen hat,
- mittlerweile ein hoher Umsetzungsstand der Selbstverpflichtung erreicht ist und
- fordert die Wirtschaft auf, letzte noch ausstehende Umstellungen nunmehr umgehend zu vollziehen, damit alle Verbraucherinnen und Verbraucher eine bewusste Kaufentscheidung treffen können.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 24: Tierseuchenkrisenmanagement, Mobiles
Bekämpfungszentrum für den Tierseuchenkrisenfall**

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz hält es für zweckmäßig, nach inzwischen mehrjähriger Inbetriebnahme des „mobilen Bekämpfungszentrums“ hierüber eine Evaluierung durchzuführen. Die Länderarbeitsgemeinschaft für Verbraucherschutz wird gebeten, die Arbeitsgruppe für Tiergesundheit und Tierseuchen (AGTT) zu beauftragen, im Hinblick auf die demnächst anstehenden Investitionen für Nachbeschaffungen eine von der Bund-Länder-Taskforce erarbeitete Kostenrechnung sowie eine Stellungnahme mit einer entsprechenden Bewertung des „mobilen Bekämpfungszentrums“ zur abschließenden Beschlussfassung der nächsten Herbst-AMK vorzulegen.

Protokollerklärung Thüringen:

Der Thüringer Vertreter erklärt, dass er sich nicht an dieser Beschlussfassung beteiligt, weil ihm zu diesem TOP die Ressortzuständigkeit fehlt.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 25: **Einrichtung einer länderfinanzierten Dauerstelle für einen Informatiker (FH) beim Arbeitsstab der Task Force Tierseuchenbekämpfung – Änderung der Bund-Länder-Vereinbarung über die Task Force Tierseuchenbekämpfung**

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz stimmt der Einrichtung einer länderfinanzierten Dauerstelle für einen Fachinformatiker (FH) (TV-L E 11) beim Arbeitsstab der Task Force Tierseuchenbekämpfung und der entsprechenden Anpassung der Bund-Länder-Vereinbarung über die Task Force Tierseuchenbekämpfung zu.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 26: Perspektiven für eine weitere Zusammenarbeit von
Bund und Ländern zur nachhaltigen Entwicklung**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder nehmen die Stellungnahme der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) zum Bericht „Perspektiven für eine weitere Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur nachhaltigen Entwicklung“ der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit zur Kenntnis.
2. Die Agrarministerkonferenz hält die Einbeziehung der Instrumente der Integrierten Ländlichen Entwicklung ergänzend neben den fiskalischen, ökonomischen und planerischen Instrumenten zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für erforderlich.
3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder bitten das Vorsitzland, die Stellungnahme an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz sowie zur Information an die Vorsitzenden der Umweltminister-, Bauminister- und Raumordnungsministerkonferenz zu senden und mit dem Vorsitzland der UMK die Fortsetzung des begonnenen Dialogs zum verbesserten Einsatz der vorhandenen Instrumente abzustimmen. Darüber hinaus hält es die AMK für sinnvoll, einen Dialog zwischen ArgeLandentwicklung und LABO zum Thema Flächeninanspruchnahme zu führen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 27: Leitlinien Landentwicklung – Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder nehmen die Ausführungen des Landes Niedersachsen als Vorsitzland der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) zur Fortschreibung und Anpassung der „Leitlinien Landentwicklung – Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ zur Kenntnis.
2. Die Agrarministerkonferenz hält die Fortschreibung und Anpassung der Leitlinien zur Bewältigung der neuen Herausforderungen im Bereich der ländlichen Entwicklung für erforderlich.
3. Die Agrarministerkonferenz beauftragt die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung, bis zum Herbst 2011 die „Leitlinien Landentwicklung – Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ fortzuschreiben und der Agrarministerkonferenz das Ergebnis vorzulegen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 28: Breitbandversorgung in ländlichen Räumen -
Hinweise für eine praxisgerechte Umsetzung der
Breitbandförderung**

Beschluss:

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten darum, den Bericht des BMELV an die Ministerinnen und Minister, Senatorin und Senatoren der Wirtschaftsressorts zur Kenntnisnahme weiterzuleiten.
3. Sie bitten das BMELV, die Nationale Rahmenregelung (NRR) an die geänderte Förderpolitik anzupassen und das Notifizierungsverfahren umgehend einzuleiten.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 29: Internationales Jahr der Wälder 2011

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

BMELV wird die Länder weiter über den Sach- bzw. Planungsstand bei der Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Jahrs der Wälder 2011 in Deutschland unterrichten.

Ein gemeinsamer Finanzierungsplan für das BMELV-finanzierte Kampagnendach ist nicht vorgesehen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 30: Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz

Beschluss:

1. Die Agrarministerkonferenz weist auf die wichtige Rolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz hin. Sie bindet CO₂ und setzt gleichzeitig schädliche Klimagase frei.
2. Die Agrarministerkonferenz betont die Chancen einer weiteren Reduzierung und Vermeidung von Treibhausgasemissionen im Bereich der Landwirtschaft. Besondere Schwerpunkte sieht sie in der Erhaltung von Kohlenstoffspeichern - insbesondere auf Moorböden -, der Verbesserung der Stickstoff- und Energieeffizienz, der energetischen Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe sowie bei der emissionsreduzierten Lagerung und Ausbringung von Wirtschaftsdüngern. Damit wird zugleich den Zielen des Boden-, Gewässer- und Naturschutzes Rechnung getragen.
3. Die Agrarministerkonferenz unterstützt die Ausrichtung der Forschung auf den Klimaschutz sowie die Klimafolgenforschung im Bereich der Landwirtschaft. Sie ist der Überzeugung, dass dadurch ein verbesserter Wissenstransfer von Forschungsergebnissen in die landwirtschaftliche Praxis erzielt werden kann.
4. Die Agrarministerkonferenz unterstützt die Anstrengungen der EU-Kommission, den Klimaschutz als „neue Herausforderung“ besonders zu fördern.
5. Die Agrarministerkonferenz bittet den Bund in enger Abstimmung mit den Ländern, bis zur Herbst-Agrarministerkonferenz 2011 konkrete Vorschläge zur Treibhausgasreduzierung in der Landwirtschaft zu erarbeiten. Diese Maßnahmen sollen an ihrem THG-Minderungspotenzial, aber auch an ihrer Kosteneffizienz, ausgedrückt in €/t CO_{2äq} Vermeidungskosten, ausgerichtet sein und zum Beispiel im Rahmen eines Vertragsklimaschutzes mit der Landwirtschaft in der Förderperiode GAP nach 2013 realisiert werden

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

können. Mögliche Auswirkungen auf die Flächenbewirtschaftung und Flächenverfügbarkeit für wirtschaftende Betriebe in betroffenen Regionen sowie internationale Verlagerungs- und Verdrängungseffekte sind bei der Ausgestaltung konkreter Maßnahmen besonders zu berücksichtigen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 31: Klimaschutz und Klimawandel – Errichtung eines Wald-
Klima-Fonds**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder

- nehmen den Bericht des BMELV zu einem Finanzierungskonzept für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel im Bereich Land- und Forstwirtschaft zur Kenntnis,
- bekräftigen ihre Auffassung, dass bei der Verwendung von Versteigerungserlösen aus dem Handel mit Treibhausgasemissionshandelszertifikaten auch Mittel für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen für die vom Klimawandel besonders betroffene Land- und Forstwirtschaft vorzusehen sind,
- halten die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel insbesondere für den Wald-Klima-Fonds insbesondere wegen der langen Produktionszyklen und notwendigen Anpassungsmaßnahmen in der Forstwirtschaft für besonders dringlich und
- weisen darauf hin, dass rechtzeitige Investitionen in Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen häufig höhere Kosten in den Folgejahren vermeiden können.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 32: Stand der Umsetzung des Erosionsschutzes

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht der Bundesregierung zum Stand der Umsetzung des Erosionsschutzes in den Ländern zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zeitnah die praktische Umsetzung der vorliegenden Regelungen unter Berücksichtigung der Anwendung in anderen EU-Mitgliedstaaten abzustimmen.
3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, die entsprechenden Bundesvorgaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu evaluieren und Vorschläge zur Anpassung mit den anderen Ländern abzustimmen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 33: **Entwicklung von Handlungsempfehlungen für den
Umgang mit den Begriffen „gebietsfremd“ und
„Vorkommensgebiet“ in § 40 Abs. 4
Bundesnaturschutzgesetz (2010)**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder nehmen den mündlichen Bericht der Vorsitzenden über den Verfahrensstand zur Kenntnis. Sie bitten das Vorsitzland, der UMK folgende Teilnehmer für die Arbeitsgruppe zu benennen: Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 34: Rahmenbedingungen für künftige Bioenergienutzung

TOP 36: Biokraftstoffproduktion aus tierischen Nebenprodukten

Beschluss:

1. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Länder-Bewertung der DBFZ-Studie zur Nutzung tierischer Nebenprodukte als Biodiesel zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts des Bundes und der Länder stellen fest, dass die Studie wertvolle und in dieser Form bisher nicht aufbereitete Informationen liefert.
3. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder weisen jedoch darauf hin, dass an verschiedenen Stellen die getroffenen Annahmen der Studie, und folglich auch die Bewertungen kritisch hinterfragt werden müssen. Insbesondere sind sie der Auffassung, dass die Schlussfolgerung der Studie "Aus ökologischer Sicht ist die Zulassung von Kat 1+2-Fetten ... daher nicht zu befürworten", nicht haltbar ist.
4. Diesbezüglich bekräftigten die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder ihre bisherige Position, wonach auch tierische Nebenprodukte der Kategorien I und II zur Biodieselproduktion zugelassen werden sollen und der derzeit gesetzlich geregelte vollständige Ausschluss von tierischen Fetten (auch Kat III-Material) zur Biodieselproduktion ab 01.01.2012 rückgängig gemacht werden muss.
5. Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund ferner, die vorgelegte Studie sowie die entsprechenden Schlussfolgerungen unter Berücksichtigung der Hinweise der Arbeitsgruppe der Länderreferenten Nachwachsende Rohstoffe zu

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

überprüfen und ggf. zu korrigieren und auf der Herbst-AMK 2010 erneut zu berichten.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 35: Förderung von Biogasanlagen

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, dass bei der Erstellung des neuen EEG-Erfahrungsberichtes bis Ende 2010 im Bereich des Energiepflanzenanbaus für Biogasanlagen explizit auch die Auswirkungen von Flächennutzungskonkurrenzen untersucht werden, um rechtzeitig Erkenntnisse für die anstehende EEG-Novelle ab 1.1.2012 zu erhalten. Dabei sollten die Auswirkungen der EEG-Vergütung auf die Preisentwicklung bei Pacht und Kauf landwirtschaftlicher Flächen und auf den Grünlandumbruch dargestellt werden. Ferner sollten weitere Anreize für einen verstärkten Einsatz von Reststoffen geprüft werden. Weiterhin sollte bewertet werden, wie das für den Betrieb sehr großer Biogasanlagen erforderliche Transportaufkommen deren Nachhaltigkeit beeinflusst.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 37: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik
ab 2013**

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz ist besorgt, dass in der anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik die Interessen der deutschen Fischerei nicht ausreichend berücksichtigt werden, sondern überwiegend den Belangen der großen südlichen Fischereinationen mit ganz anderen Flottenstrukturen Rechnung getragen wird.

Die Bundesregierung wird daher gebeten, sich weiterhin nachdrücklich für eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik im Sinne des Bundesratsbeschlusses 386/09 vom 27.11.2009 einzusetzen.

Von größter Wichtigkeit dabei ist, dass an der Verteilung der Quoten nach dem Grundsatz der relativen Stabilität auf die Mitgliedstaaten festgehalten wird, um nicht diejenigen zu bestrafen, die, wie Deutschland, in der Vergangenheit mit dem Flottenabbau ernst gemacht haben.

In Anbetracht des Flottenabbaus und der Überalterung der deutschen Flotte darf auch das Thema der konditionierten Wiederaufnahme der Neubauförderung für regional ausgerichtete nachhaltig agierende Flotten nicht ausgeklammert werden.

Protokollerklärung des Bundes:

Der Abbau der Überkapazität der EU-Flotte gehört zu den zentralen Zielen der GFP. Es würde die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Reformdiskussion völlig untergraben, wenn Deutschland eine Neubauförderung – in welcher Form auch immer – befürworten würde.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 38: Maßnahmen zur Wiederauffüllung des europäischen
Aalbestandes**

ZURÜCKGEZOGEN

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 39: Umsetzung der EU-Qualitätspolitik in Deutschland

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, eine Änderung der Geschäftsverteilung mit dem Ziel zu veranlassen, zur Begleitung und zur wirkungsvollen Nutzung des Instruments der Geoschutzbezeichnungen für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft die Federführung einheitlich beim BMELV zu konzentrieren.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 40: **Bericht über die Informationsveranstaltung zur
Einrichtung des IT-Planungsrates**

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz nimmt den Bericht der Vorsitzenden der Agrarministerkonferenz über die Informationsveranstaltung zur Einrichtung des IT-Planungsrates zur Kenntnis.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 41: Termine der Amtschef- und Agrarministerkonferenzen
2011**

Beschluss:

Die Agrarministerkonferenz nimmt folgende Termine der Amtschef- und Agrarministerkonferenzen für das Jahr 2011 zustimmend zur Kenntnis:

- Amtschefkonferenz 19./20.01.2011
- Frühjahrskonferenz 30.03. - 01.04.2011
- Herbstkonferenz 21. - 23.09.2011

Die Konferenzorte werden rechtzeitig bekanntgegeben.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 42: Vereinfachungen bei Flächenkontrollen im Rahmen der
GAP**

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, über den Stand der Beratungen zu berichten und bekräftigen den auf der ACK am 14. Januar 2010 gefassten Beschluss, dass das BMELV in enger Abstimmung mit den Ländern einen Vorschlag, der den landwirtschaftlichen Gegebenheiten in Deutschland gerecht wird, erarbeitet, um die sich selbstverschärfenden Regelungen zu verhindern.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

TOP 43: Weinbezeichnungsrecht

Beschluss:

Die Ministerinnen, Minister, Senatorin und Senatoren der Agrarressorts der Länder

1. nehmen die Information des BMELV zum Stand der Umsetzung des EU-Weinbezeichnungsrechts entgegen und
2. bitten das BMELV dafür Sorge zu tragen, dass auf Fachebene über die Einzelheiten des Verfahrens zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben einschließlich der Verpflichtungen zur Absicherung der deutschen geografischen Bezeichnungen informiert wird.

**Agrarministerkonferenz
am 30. April 2010
in Plön**

**TOP 44: Umsetzung des Liquiditätshilfeprogramms des Bundes
für das Jahr 2011**

ZURÜCKGEZOGEN